

Khol || Karner || Sobotka || Rausch || Ofner (Hg.)

Österreichisches
2021 | Jahrbuch
für Politik



Eine Publikation der Politischen Akademie

Inhalt

XI Vorwort der Herausgeber

LEITARTIKEL

- 3 BETTINA RAUSCH: Polarisierung, Skandalisierung, Moralisierung. Ein schwieriges Jahr für Demokratie und Politik
17 WOLFGANG SOBOTKA: Veränderung schafft Hoffnung. Die Ära Kurz

WAHLEN

- 105 KARL JURKA: Von Angela Merkel zu Olaf Scholz. Deutschlands Jahr des Regierungswechsels
117 ANDREA RÖMMELE: Bundestagswahl 2021

INNENPOLITIK

- 127 WERNER ZÖGERNITZ: Unterschiede zwischen den Verfahren in Untersuchungsausschüssen und bei Gerichten/Ermittlungsbehörden
141 HANS WINKLER: Grüne Erpressung und linke Geschichtspolitik
149 ANDREAS UNTERBERGER: Er oder wir: Weg mit Kurz! Hintergründe und politische Motive der Kurz-muss-weg-Agitation
163 KATHRIN STAINER-HÄMMERLE: Toter Oktober. Wie die Sozialdemokratie die Koalitionskrise nicht nutzen konnte
175 BARBARA STELZL-MARX: KPÖ-Wiedererwachen? Eine Einordnung der Verklärung

- 189 ANDREAS KHOL: Wie aus politischen Unterstellungstribunalen wieder parlamentarische Untersuchungsausschüsse werden könnten
- 211 PAUL SCHLIEFSTEINER: Ein wert(e)neutraler Staatsschutz? Über die Vorstellung von der „Entpolitisierung“ des Politischen
- 223 INDRA COLLINI: NEOS – aus der Mitte für die Mitte
- 229 PETER PELINKA: 2021, ein wildes Jahr – auch für die SPÖ
- 235 MARIA MALTSCHNIG: SPÖ – ein breiter Vertretungsanspruch für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt
- 241 ANTONIA GÖSSINGER: Die Kickl-FPÖ. Die neuen Königsmacher?
- 247 LOTHAR HÖBELT: «Travailler pour le roi de Prusse». Der kontraproduktive Kickl-Kurs
- 255 BERNHARD HEINZLMAIER: Die grüne Renaissance. Ökologischer Fanatismus und ideologischer Reinheitswahn
- 263 FELIX EHRNHÖFER/JULIA PREINERSTORFER: Der grüne Wandel
- 271 MAGNUS BRUNNER: Die ökosoziale Agenda der Bundesregierung. Die ökosoziale Steuerreform

2021 AUS DER SICHT DER BEOBACHTER

- 283 CHRISTIAN ULTSCH: Das unberechenbare Jahr der Brüche
- 289 ALOIS VAHRNER: (Um-)Brüche und Überraschungen
- 295 ANDREAS KOLLER: Vertrauenskrisen allerorten
- 301 RICHARD GRASL: Die sich nicht erfüllende Prophezeiung
- 309 MICHAEL VÖLKER: Im Infight mit der Justiz
- 317 WALTER HÄMMERLE: Wider die falschen Propheten
- 323 MEINRAD KNAPP: Das Problem mit den Prognosen
- 331 HANS BÜRGER: Die schwierigen (ungeraden) Jahre in Österreich
- 341 GERNOT BAUER: Die Prognose als Wille und Vorstellung

DIE CORONA-KRISE IM ZWEITEN JAHR

- 349 DAVID CHRISTOPHER JAKLIN: Falsch- und Desinformation im zweiten Jahr der Corona-Pandemie. Einflussnahme (inter)nationaler Akteure und soziale Resilienz im Kontext hybrider Bedrohungen
- 361 FRANZ SCHAUSBERGER: Corona und Föderalismus im Jahr 2021
- 377 WOLFGANG STEINER: Überlegungen zur Weiterentwicklung der (Verfassungs-)Rechtsslage zum Katastrophenschutz

EUROPA

- 393 OTHMAR KARAS: Der EU-Billionen-Kraftakt für Grün, Sozial & Digital. Die EU stellt mitten in der Coronakrise historische Weichen
- 411 KAROLINE EDTSTADLER: Herausforderungen im Verfassungsbereich. Regelung der Beihilfe zum Suizid, Abschaffung des Amtsgeheimnisses
- 421 GÜNTHER OFNER: Wenn Schildbürger Energiewende spielen. Europa auf dem Weg in ein Blackout

MEDIEN

- 433 RUDOLF BRETSCHNEIDER: Meinungsumfragen als Meinungsgegenstand

WISSENSCHAFT

- 441 PHILIP PLICKERT: „Cancel Culture“ als Bedrohung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit
- 455 MANFRED PRISCHING: Wertewandel in der Zweiten Moderne
- 477 MARTIN DOLEZAL/DIETMAR HALPER/KLAUS POIER: Kampagneneffekte durch persönliche Kontakte? Ergebnisse eines im Rahmen der oberösterreichischen Landtagswahl 2021 in Wels durchgeführten Wahlkampfexperiments

- 485 THOMAS WALTER KÖHLER/CHRISTIAN MERTENS: Ein Grundsatzdenker wird 80. Andreas Khol – eine ideengeschichtliche Bilanz
- 495 WOLFGANG BACHMAYER: Nicht die Demokratie verliert Vertrauen, sondern Politik und Medien
- 505 GABRIEL FELBERMAYR: Corona in Österreich. Was geschah, und was jetzt ansteht
- 519 MARTIN KOCHER: Reformen am österreichischen Arbeitsmarkt

ZEITGESCHICHTE

- 535 FARUK AJETI: 30 Jahre Unabhängigkeit Slowenien und Kroatien. Die Rolle österreichischer Politiker
- 547 SUSANNE RAAB: Mädchen und Frauen als Motoren der Integration
- 557 TRISTAN PÖCHACKER/WOLFGANG SOBOTKA: Parlamentssanierung – der Countdown läuft!
- 569 ALEXIS WINTONIAK: Zur Generalsanierung des Parlamentsgebäudes. Eine Zusammenfassung 2011–2021
- 583 CHRISTOPH LEITL: Julius Raab – retro?
- 587 PAUL M. ZULEHNER: Von der Nachhut zur Vorhut. 130 Jahre Rerum Novarum
- 601 PAUL MYCHALEWICZ: Die christliche Gewerkschaftsbewegung am Beginn der Ersten Republik
- 609 PATRICK GRIESSER/WOLFGANG SOBOTKA: Simon-Wiesenthal-Preis. Über die Auszeichnung sowie die Bekämpfung des Antisemitismus allgemein
- 623 ALEXANDER PURGER: Satirischer Jahresrückblick: Was 2021 zum Glück alles nicht passiert ist
-
- 631 Biografien der Herausgeber und Autoren
- 639 Personenregister
- 641 Sachregister

FARUK AJETI

30 Jahre Unabhängigkeit Slowenien und Kroatien

Die Rolle österreichischer Politiker

Österreich und Jugoslawien hatten nach dem Zweiten Weltkrieg gute bilaterale Beziehungen – sowohl in der blockfreien Bewegung als auch in der Gruppe der neutralen Länder –, und an diesen Beziehungen bestand größtes außenpolitisches Interesse.¹ Die Leitlinien der österreichischen Jugoslawienpolitik in den 1980er-Jahren waren der Erhalt der territorialen Integrität und die wirtschaftliche Sanierung Jugoslawiens durch die Unterstützung der wirtschaftlichen internationalen Maßnahmen. Die österreichische Bundesregierung unterstützte die Bemühungen Jugoslawiens zur Reform in der Wirtschaft. Die österreichische Außenpolitik war maßgeblich beteiligt an der Errichtung des EFTA-Entwicklungsfonds für Jugoslawien sowie an der Einbeziehung Jugoslawiens in die „Quadrangulare“.²

1 Der Beitrag ist die aktualisierte Fassung eines Kapitels des Buches „Die Kosovopolitik Österreichs in den Jahren 1866-1999“, das heuer in der Hildesheimer Reihe des Georg W. Olms Verlags veröffentlicht wird.

2 Die Quadrangulare umfasste Italien, Jugoslawien, Österreich und Ungarn.

Aus mehreren Gründen hatte und hat Österreich besonderes Interesse an der Stabilität auf dem Balkan. Die Instabilität Jugoslawiens und der mögliche Konflikt zwischen den jugoslawischen Teilrepubliken hatten direkte Auswirkungen auf Österreich und auf die südosteuropäische Region. Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn waren zu dieser Zeit in der schwierigen Phase des Übergangs zur Demokratie und zu einem liberalen marktwirtschaftlichen System. Der Konflikt in Jugoslawien hatte für Österreich auch wirtschaftliche Schäden zur Folge. Jugoslawien war ein wichtiger Handelspartner Österreichs, und ein möglicher Krieg würde die österreichischen Exporte negativ beeinflussen. Wegen der historischen Beziehungen und der geografischen Nähe war Österreich auch unmittelbar von den Flüchtlingsströmen betroffen. Die jugoslawische Föderation war ein beliebtes Urlaubsziel für Österreicher, und die vielen Gastarbeiter aus Jugoslawien in Österreich haben die Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch verstärkt.

Österreichische Außenpolitik zur Zeit der jugoslawischen Krise

Österreich hat die Entwicklungen in Jugoslawien mit besonderer Besorgnis verfolgt, vor allem dort, wo die politische Situation in Jugoslawien nach dem Tode Titos (am 4. Mai 1980) dramatisch angespannt war. Die Nationalitätenkonflikte verschärften sich insbesondere mit der Machtübernahme von Slobodan Milošević, mit dem der Staatszerfall Jugoslawiens und die späteren blutigen Ereignissen verbunden sind. Milosevic hatte den vorhandenen serbischen Nationalismus genutzt, das jugoslawische System von Tito zu beseitigen, um eine Rezentralisierung Jugoslawiens unter serbischer Dominanz zu ermöglichen. Diese Politik von Milošević war nichts anderes als die Schaffung eines großserbischen Staates, basierend auf den vorgesehenen Plänen des Memorandums der Serbischen Akademie der Wissenschaften von September 1986.³

³ Ajeti, Faruk (2021): Die Kosovopolitik als Konstante der österreichischen Außenpolitik, in: Khol, Andreas/Karner, Stefan et al. (Hg.): Jahrbuch für Politik 2020. Böhlau Verlag, 2021, S. 455–467; Ajeti, Faruk (2020): Österreichs Vorreiterrolle in der Kosovopolitik, in: Europäische Rundschau, 48. Jahrgang, Nr. 1/2020, S. 101–104.

Für Außenminister Alois Mock war klar, dass der Zerfall Jugoslawiens nicht mit dem Krieg im Juni 1991 in Slowenien oder später Kroatien angefangen hat, sondern der „Auflösungsprozess Jugoslawiens hat genau genommen mit den Entwicklungen im Kosovo im Jahre 1987 begonnen und beschleunigte sich ab 1991“.⁴

Am 25. Juni 1991 erklärten Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit. Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) begannen eine militärische Offensive gegen die Slowenen und später auch gegen Kroatien. Angesichts der Kriegshandlungen zwischen der jugoslawischen und der slowenischen Armee an der Südgrenze Österreichs befürchtete die österreichische Regierung, dass die Kriege in Jugoslawien eine „Gefahr für die Sicherheit auch im übrigen Europa werden könnten“.⁵ Erstmals seit der Ungarnkrise 1956 und der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 wurden das österreichische Bundesheer und die österreichische Bevölkerung mit militärischen Auseinandersetzungen an den österreichischen Grenzen konfrontiert. Österreich sah sich durch bewaffnete Auseinandersetzungen auf slowenischem Gebiet in unmittelbarer Grenznähe und mehrfache Verletzungen des österreichischen Luftraumes durch die Luftwaffe der Jugoslawischen Volksarmee herausgefordert. Das österreichische Bundesheer wurde in Alarmbereitschaft versetzt.⁶

Nach Ausbruch des Krieges zwischen der jugoslawischen Volksarmee und der slowenischen Territorialverteidigung hat die österreichische Regierung im Rahmen des KSZE-Konfliktmechanismus von Belgrad verlangt, binnen 48 Stunden zu den „außergewöhnlichen militärischen Maßnahmen“ Stellung zu nehmen, die von Wien als bedrohliche Aktivitäten bezeichnet wurden. Die Antwort Belgrads war dürftig, Österreich und die anderen Nachbarstaaten Jugoslawiens hätten keinen Grund zur Besorgnis.⁷

4 Mock, Alois (Hg.) (1997): Das Balkan-Dossier. Der Aggressionskrieg in Ex-Jugoslawien – Perspektiven für die Zukunft. Dokumentiert von Herbert Vytiska. Signum, Wien, S. 55.

5 Außenpolitischer Bericht 1991, S. 123.

6 Vgl. Ségur-Cabanac, Christian (1992): Militärischer Sicherungseinsatz 1991. Schutz der Staatsgrenze gegenüber Jugoslawien, in: Truppendienst 2, S. 167–177; Rauchensteiner, Manfred (2011): Entschlossenes Zuwarten. Österreich und das Werden Sloweniens 1991. Archiv für Vaterländische Geschichte und Topographie (Band 102). Verlag des Geschichtsvereines für Kärnten, Klagenfurt am Wörthersee.

7 Gehler, Michael (2005): Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten

Außenminister Mock hatte sich seit der Übernahme des Außenministeriums im Herbst 1986 von der aktiven und globalen Außenpolitik Bruno Kreiskys abzugrenzen versucht. Dabei sprach er sich für eine „realistische Neutralitätspolitik“ und gegen „einseitige Parteinahmen, die weder einer klugen Neutralitätspolitik noch der Sache selbst nützlich sind“ aus.⁸ Mock legte seinen Fokus auf Europa und auf Nachbarschaftspolitik. Einer der engsten Mitarbeiter von Alois Mock, Albert Rohan, führte zum Engagement von Alois Mock in der Nachbarschaftspolitik, insbesondere am Balkan, aus: „Mock war mit Leib und Seele interessiert an zwei Dingen – an Mitteleuropa und am Balkan [...]. Mock hat praktisch täglich neue Ideen gehabt, neue Vorschläge, und wir mussten diese auf ihre Praktikabilität prüfen und umsetzen“.⁹

Außenminister Mock gehörte zweifellos zu den wenigen europäischen Politikern, die die Entwicklungen in Jugoslawien mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorge verfolgten. Angesichts der politischen Wende in Mittel-, Süd- und Osteuropa, der problematischen Verhältnisse zwischen den Völkern in Jugoslawien, der wirtschaftlichen Probleme und des steigenden Nationalismus der serbischen Führung war es die Einschätzung von Alois Mock, dass die Bewahrung dieser Völker unter einer Zentralregierung unmöglich war. Während internationale Spitzendiplomaten „demonstrative Betriebsamkeit zur Schau stellten, war Wien zur heimlichen Drehscheibe des Krisenmanagements geworden. Österreichs Außenminister Alois Mock gewann international an Statur. Er war laut und entschieden genug, um nicht überhört zu werden“.¹⁰ Er definierte sich als „Anwalt für die bedrängten Völker Jugoslawiens“.¹¹

Mit Beginn der Jugoslawien-Krise schlug Außenminister Mock zum ersten Mal im Mai 1991 die Entsendung einer Friedenstruppe vor und die Bildung eines internationalen Vermittlungsgremiums (Weisen-Rat) aus drei

Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts (2 Bände). Studien Verlag, Innsbruck u. a., S. 703.

8 Kramer, Helmut (2006): Strukturentwicklung der österreichischen Außenpolitik (1945–2005). In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz, Wien, S. 829.

9 Persönliches Interview mit Albert Rohan, Wien, 24. 2. 2017.

10 Scharsach, Hans-Henning: Kroatiens Hoffnungen ruhen auf Österreich, in: Kurier, 5. 10. 1991, S. 3.

11 Ajeti, Faruk: Alois Mock als „Anwalt“ der bedrängten Völker. Die Presse, 2. Juni 2017.

bis fünf europäischen Persönlichkeiten, die keine Regierungsfunktion ausüben, „jedoch über große politische Erfahrung und hohes internationales Ansehen verfügen“.¹² Der Vorschlag von Außenminister Mock wurde von der jugoslawischen Zentralregierung und der serbischen Seite als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens abgelehnt.

Nach der Vertiefung der Krise bzw. mit dem Ausbruch des Krieges in Slowenien wurde ein ähnliches Vermittlungsforum – wie Mock vorgeschlagen hatte – gegründet, nämlich die „EG-Troika“-Mission der EG-Außenminister, bestehend aus dem Italiener de Michelis, dem Luxemburger Poos und dem Holländer van den Broek. Die EG-Troika reiste am Abend des 28. Juni 1991 nach Belgrad zu Gesprächen mit den Vertretern der jugoslawischen Bundesregierung sowie mit den Präsidenten Kucan und Tudjman. Der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim unterstützte den Vorschlag von Außenminister Mock: „Die Mission der EG-Troika resultierte aus den eindringlichen Warnungen Österreichs vor den Entwicklungen in Jugoslawien.“¹³

Nach diplomatischem Druck und Verhandlungsinitiativen der EG-Troika wurde die militärische Auseinandersetzung – der „Zehn-Tage-Krieg“ – durch den Waffenstillstand in Slowenien vom 3. Juli und durch das Abkommen von Brioni vom 7. und 8. Juli beendet. Die Vereinbarung sah vor, dass sich die Einheiten der JNA aus Slowenien – unter EG-Überwachung – zurückziehen würden, sowie eine dreimonatige Suspension der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens. Die Intervention der EG-Troika richtete sich – wie beim ersten Auftreten in Belgrad am 29. Juni und in Brioni – auf den Erhalt Jugoslawiens und gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens. Die EG-Troika erreichte am 15. Juli, dass sich die JNA aus Slowenien zurückzog, konnte aber nicht verhindern, dass der Krieg in Kroatien ausbrach.

¹² Kurier, 10. 6. 1991.

¹³ Vorarlberger Nachrichten, 25. 7. 1991.

Österreichische Außenpolitik der zwei Geschwindigkeiten gegenüber der jugoslawischen Krise

In der Vertiefung der jugoslawischen Krise versuchte Österreich kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern zu verhindern und zur Wahrung des Friedens, der Sicherheit und Demokratie in der Region beizutragen. Um dies zu erreichen, betrieb die österreichische Diplomatie nicht nur die Internationalisierung der Krise, sondern vertrat bei den internationalen Organisationen die Prinzipien der „traditionell aktiven Mitarbeit Österreichs“.¹⁴ Um die Beilegung der Jugoslawien-Krise zu internationalisieren, unternahm Österreich weitere diplomatische Aktivitäten als nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates (März 1991–Mai 1992). Der österreichische UN-Botschafter, Peter Hohenfellner, hatte den Auftrag von Außenminister Mock erhalten, eine dringliche UN-Sicherheitsitzung zur Jugoslawien-Krise zu beantragen. Am 7. August 1991 lenkte Österreich als erster Staat die Aufmerksamkeit des UN-Sicherheitsrates auf die Lage in Jugoslawien, und am 19. September stellte es einen Antrag auf dringende Behandlung der Krise wegen Gefährdung des Friedens und der Sicherheit in der Region. Als Resultat dieser Initiative wurde der Sicherheitsrat auf der Außenministerebene am 25. September einberufen und beschloss die erste Resolution des UN-Sicherheitsrates über Jugoslawien (Waffenembargoresolution 713). Die nachbarschaftliche Kompetenz Österreichs wäre wahrscheinlich nicht weltweit anerkannt worden, „wäre Österreich nicht Mitglied des Sicherheitsrates gewesen“, sonst „hätte so eine Sitzung vielleicht gar nicht stattgefunden“.¹⁵ Der österreichische Diplomat Gerhard Jandl, der Mitglied der österreichischen Sicherheitsratsdelegation in New York war, schrieb: „Es gab fast niemanden, der die Anrufung des Sicherheitsrates wegen Jugoslawien für eine gute Idee hielt.“¹⁶ Jugoslawien hatte als eines der UN-Gründungsmitglieder ein großes internationales Prestige, auch

14 Mock, Alois (1994): Die Haltung Österreichs in der Balkankrise und die Beziehungen zu den Nachfolgestaaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, Wien, S. 113.

15 Jandl, Gerhard (2000): Österreichs Rolle im Kosovo-Konflikt, in: Österreichisches Jahrbuch für internationale Politik 1999. Braumüller, Wien, S. 59.

16 Jandl 2000, S. 58. Mehr dazu siehe Jandl, Gerhard (2022): Balkanpolitik, in: Handbuch zur Außenpolitik Österreichs.

aufgrund seiner Rolle und Führungsmacht der Blockfreien-Bewegung (bis September 1991 war es Vorsitzland der Blockfreien-Bewegung). Insbesondere wegen der Staaten der Dritten Welt, zu denen Jugoslawien gute Kontakte hatte und bei denen es große Sympathie genossen hat, und aufgrund der möglichen Ängste vor Domino-Effekten der Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien und den folgenden Grenzänderungen sowie der erfolgreichen Rhetorik der jugoslawischen bzw. serbischen Führung bezüglich ihrer Rolle in den beiden Weltkriegen war es für die österreichische Delegation schwer, die UN-Institutionen mit der jugoslawischen Frage zu befassen.

Gegenüber der Entwicklung in Jugoslawien wurde die österreichische Bundesregierung „mit zwei Geschwindigkeiten gefahren“.¹⁷ In seinen Erinnerungen schreibt Bundeskanzler Franz Vranitzky, dass Österreich „zwei verschiedene Außenpolitiken“ verfolgte, und zwar eine des Bundeskanzlers und eine des Außenministers.¹⁸ Außenminister Mock plädierte für einen friedlichen Übergang zur Demokratie in den jugoslawischen Teilrepubliken, wobei die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes friedlich erfolgen und die Rechte aller Volksgruppen garantiert werden müssten.¹⁹ Bundeskanzler Vranitzky nahm eine zurückhaltende Haltung im Jugoslawien-Konflikt ein und betonte das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren jugoslawischen Angelegenheiten, während Außenminister Mock aufgrund des brutalen Vorgehens der serbischen Politik ein aktiveres Engagement verfolgte und auch andere europäische Staaten hiervon zu überzeugen versuchte. „Die Zeit ist vorbei, mit Appellen zur Gewaltlosigkeit etwas zu erreichen. Man muss handeln, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, der Auswirkungen auf ganz Europa hätte“.²⁰ Bundeskanzler Vranitzky lehnte einen Alleingang Österreichs ab und vertrat die Ansicht, dass sich Österreich das Instrument der

17 Kroner 1992: 52, zit. in Zeitler, Klaus Peter (2000): Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Außenministers Genscher. Tectum, Marburg, S. 109.

18 Vranitzky, Franz (2004): Politische Erinnerungen. Paul Zsolnay Verlag, Wien, S. 360.

19 Vgl. Wohnout, Helmut (2004) (Hg.): Vom Durchschneiden des Eisernen Vorhangs bis zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Österreichs Außenminister Alois Mock und die europäischen Umbrüche 1989–1992, in: Andrea Brati/Michael Gehler (Hg.), Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, Wien – Köln – Weimar.

20 Mock 1997, S. 72.

Anerkennung vorbehalten und erst dann anwenden sollte, wenn auch eine Reihe von anderen Staaten sich zu einer Anerkennung bekannt hätte.²¹

Die Anerkennungsfrage Sloweniens und Kroatiens wurde ein Dauerthema in der österreichischen Politik, für die Bundesregierung erwuchs daraus sogar ein Koalitionsstreit. Für Bundeskanzler Vranitzky war die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens eine Option, aber „diese kann im Gleichschritt mit anderen Staaten realisiert werden“.²² Am 3. September 1991 präsentierte Außenminister Mock im Ministerrat den Antrag auf Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Er bekräftigte seine Initiative mit der Begründung, dass Österreich eine „moralische Verpflichtung“ habe.²³ Mock deklarierte, dass man Kroatien nicht im Stich lassen könne, wie es mit Österreich 1938 beim Einmarsch deutscher Truppen geschehen sei.²⁴

Bundespräsident Waldheim erklärte, dass der „Zeitpunkt für möglichst rasche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch Österreich gekommen“ sei.²⁵ Waldheim unterstützte keinen Alleingang Österreichs, sondern versuchte, dass „Österreich als Mahner gegenüber jenen auftritt, die diesen Schritt noch verzögern“.²⁶ Am 5. Dezember hatte der österreichische Nationalrat die Bundesregierung aufgefordert, die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens vorzunehmen und „darüber im Lichte der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und des diesbezüglichen Zeitplanes anderer europäischer Staaten in einer Sitzung des Ministerrates so schnell wie möglich zu entscheiden“.²⁷ Die österreichische Bundesregierung beschloss am 10. Dezember, dass „Österreich die Republiken Slowenien und Kroatien völkerrechtlich anerkennen wird, wenn dies im Einklang mit dem diesbezüglichen Zeitplan anderer europäischer Staaten steht“.²⁸

Am 16./17. Dezember, in einer Sondersitzung der EG-Außenminister in Brüssel, einigten sich die EG-Mitgliedstaaten nach langen Bera-

21 Vgl. Kurier, 4. 9. 1991, S. 5.

22 Die Presse, 7. 8. 1991, S. 4.

23 Kärntner Tageszeitung, 5. 9. 1991.

24 Vgl. Kurier, 18. 9. 1991, S. 2.

25 Kurier, 9. 12. 1991, S. 2.

26 Der Standard, 9. 12. 1991, S. 5.

27 Sten. Prot. NR, XVIII. GP, 49. Sitzung, 5. Dezember 1991, S. 4905, S. 4977.

28 Außenpolitischer Bericht 1991, S. 130.

tungen, die Unabhängigkeit aller jugoslawischen Republiken, die die staatlichen Kriterien erfüllen, anzuerkennen. Alle jugoslawischen Republiken sollen bis 23. Dezember ihren Wunsch nach Anerkennung bei der EG stellen. Aufgrund der fehlenden Einigung bei den EG-Mitgliedstaaten wurde von den EG-Außenministern vereinbart, dass die getroffene Entscheidung am 15. Jänner 1992 durchgeführt wird. Am gleichen Tag anerkannte Österreich Slowenien und Kroatien.

Die deutsche und österreichische Außenpolitik wurde wiederholt für die „vorzeitige“ und „verfrühte“ Anerkennung der nördlichen Republiken Jugoslawiens kritisiert. Mocks Nachfolger als Außenminister, Wolfgang Schüssel, sagte: „Das haben [...] Mock und Hans-Dietrich Genscher als Erste gespürt und daher eine sehr proaktive Politik geformt, die in Europa zunächst nicht konsensfähig war“.²⁹ Seitens der französischen Regierung wurde die österreichische Außenpolitik „in hohem Maße dafür verantwortlich“ gemacht, „dass es zum Krieg in Jugoslawien gekommen ist“.³⁰ Albert Rohan vertrat hier eine gegensätzliche Meinung. Anstatt die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens sofort anzuerkennen und zu internationalisieren sowie Belgrads gewaltsames Vorgehen gegen Ljubljana und Zagreb nicht zu akzeptieren, „vermittelte die Staatengemeinschaft durch ihre Haltung in Belgrad den sicheren Eindruck, dass sie die unter dem Deckmantel einer Verteidigung des alten jugoslawischen Staates durchgeführte großserbische Expansion tolerieren werde“.³¹

Die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) pflegte – wie die anderen europäischen linken Parteien – Kontakte sowohl mit den herrschenden kommunistischen Politikern Jugoslawiens als auch mit reformistischen Gruppierungen der jugoslawischen Teilrepubliken. In seinen Erinnerungen schreibt Bundeskanzler Vranitzky über seine Sorgen bezüglich der politischen Zukunft Jugoslawiens: „Der Zerfall des alten Jugoslawiens war nach dem

29 Schüssel, Wolfgang (2014): Er hat sehr früh die Zeichen der Zeit erkannt, in: Mock, Alois: Visionen im Spiegel der Zeit. Alois Mock Institut – Forum für Zukunftsfragen. Stein, Bad Traunstein, S. 39.

30 ÖSTA, ADR, BMAA, GZ. 101.03.00/244-II.6/92, Französische Kritik an der österr. Jugoslawien-Politik, vom 3. Juli 1992, Wien.

31 Rohan, Albert (2002): Diplomat am Rande der Weltpolitik. Begegnungen, Beobachtungen, Erkenntnisse. Molden, Wien, S. 171.

Abtreten Titos nicht mehr aufzuhalten, und dies war das Ergebnis meiner mehrjährigen Erfahrung im Umgang mit Balkanthesen“.³² „Es gab damals zwei Möglichkeiten“, schildert Heinz Fischer die Überlegungen der Sozialdemokraten, „Versucht man das, was den einzelnen Teilstaaten Jugoslawiens gemeinsam ist, unter einem gemeinsamen Dach zu erhalten, oder gibt man den nationalen Strömungen in diesen Ländern Raum. Die Entscheidung ist von den Nationalitäten in Jugoslawien getroffen und von Österreich anerkannt worden.“³³ Diese Sensibilität wurde von den anderen europäischen Staaten kaum zuteil. Eva Nowotny beschreibt die zurückhaltende Position der englischen Regierungschefin: „Ich war selbst dabei bei einem Gespräch, das Vranitzky mit Margaret Thatcher gehabt hat, da wurde schon gekämpft in Jugoslawien, und das muss vor 1990 gewesen sein, sie war noch Premierministerin und Vranitzky hat über Jugoslawien gesprochen, und sie hat gesagt, ‚Franz, you exaggerate so. [...] We have lived with Ulster for so long. You will learn to live with it.‘“³⁴

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) hatte Kontakte zu Regimegegnern, wobei die Ideologien und Motivation dieser Gruppierungen für die ÖVP keine Rolle spielten. Als Vizebürgermeister der Stadt Wien war Erhard Busek einer der hochrangigen ÖVP-Politiker, der diese Kontakte auf der intellektuellen Ebene seit dem Jahr 1987 – während seiner ersten Reise nach Jugoslawien – aufbaute.

Besonders hervorzuheben ist die Vorreiterrolle der ÖVP bei der Internationalisierung des Kosovo-Problems im Rahmen der Europäischen Demokratischen Union (EDU). Seit der Gründung der EDU im Jahr 1978, als eine Organisation der west- und mitteleuropäischen christ-demokratischen Parteien, spielten ÖVP-Politiker eine bedeutsame Rolle. Der erste Präsident der EDU war ÖVP-Obmann Josef Taus und nach ihm war Alois Mock Präsident; Andreas Khol war Exekutivsekretär der EDU und nach ihm Alexis Wintoniak.

32 Vranitzky 2004, S. 355.

33 Fischer, Heinz (2018): Spaziergang durch die Jahrzehnte; begleitet von Herbert Lackner. Ecowin, Salzburg, München, S. 124

34 Persönliches Interview mit Eva Nowotny, Wien, 7. April 2017.

Die EDU war für die ÖVP ein ideales Instrument, die Themen, die der ÖVP wichtig waren, zu behandeln, da der Vorsitzende und der Exekutivsekretär der EDU aus den Reihen der ÖVP kamen. Alexis Wintoniak, Klubsekretär für Außen- und Europapolitik im ÖVP-Parlamentsklub und internationaler Sekretär der ÖVP-Bundespartei von 1995 bis 2002, schildert, die „ÖVP-Linie war, dass insgesamt das Thema Jugoslawien auf die europäische bzw. internationale Ebene gebracht werden muss“.³⁵ Andreas Khol in seiner Funktion als außenpolitischer Sprecher der ÖVP im Parlament und Exekutivsekretär der EDU reiste am Dezember 1990 im Auftrag des Lenkungsausschusses der EDU zu einer Fact-Finding-Mission³⁶ nach Jugoslawien, um sich über die jugoslawischen Entwicklungen im Verfassungsreformprozess, über die Wirtschaftsreform, die Demokratisierung und den Schutz der Minderheiten zu informieren.³⁷

Die EDU-Konferenzen und Tagungen, bei denen die konservativen Parteiführer Europas vertreten waren, spiegelten die Uneinigkeit der europäischen Staaten bei den wichtigen Fragen der Jugoslawienpolitik wider. Die Entwicklungen in Jugoslawien und vor allem die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens waren nur einige der Fragen, wobei es oft zu keinem gemeinsamen Standpunkt innerhalb der EDU kam. Die Franzosen (unter Leitung des Pariser Bürgermeisters und Oppositionsführers Jacques Chirac), die griechischen und spanischen Konservativen waren hier sehr zurückhaltend, während andererseits die ÖVP die serbische Aggressionspolitik gegen Kroatien, Bosnien-Herzegowina und die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo scharf verurteilte, sodass es für die ÖVP-Vertreter nicht leicht war, ihre Position in der Kosovo-Frage im Rahmen der EDU-Tagungen einzubringen. Das bestätigt Andreas Khol: „In der EDU haben wir Jahre gebraucht, bis wir das positive Vorurteil der ehemaligen Alliierten Frankreich und England gegenüber Serbien überwinden konnten.“³⁸

35 Persönliches Interview mit Alexis Wintoniak, Wien, 1. März 2017.

36 Die erste Fact-Finding-Mission nach Jugoslawien fand von 5. bis 8. Dezember 1990 unter Leitung von Andreas Khol (ÖVP), Bernd Fischer (CDU) und Esther Schollum (ÖVP) statt.

37 Vgl. Interim Report for the Purpose of the EDU Mission to Yugoslavia envisaged by the Steering Committee (Belgrade-Sarajevo-Prishtina). In: European Democrat Union. Yearbook 1990, p. 327-337

38 Persönliches Interview mit Andreas Khol, Wien, 2. Februar 2017.

Nicht nur auf der diplomatischen Ebene zeigte Österreich starkes Engagement. Auf der humanitären Ebene war Österreich einer der aktiven europäischen Staaten. Als unmittelbarer Nachbar war Österreich seit dem Beginn der kriegerischen jugoslawischen Auseinandersetzungen von den Flüchtlings- und Asylwerberströmen betroffen. Ende 1993 hielten sich ca. 70.000 Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet in Österreich auf. Über 40.000 Flüchtlinge waren in Betreuung von Bund und Ländern, etwa 30.000 Personen waren bei Verwandten und Bekannten untergebracht (weder vom Bund noch von den Ländern finanziell unterstützt) und 1.400 Asylwerber befanden sich in Bundesbetreuung. Von 1991 bis Ende 1993 leisteten Bund, Länder und die österreichische Bevölkerung direkt rund 3,3 Milliarden Schilling an humanitärer Hilfe zugunsten der Kriegsoffer.³⁹

³⁹ Außenpolitischer Bericht 1993, S. 437.